

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

31/2001

Kiel, 19. März 2001

11. Tagung des Landtages: Aktuelle Stunde zur Ökosteuer und Regierungserklärung zur „Situation nach BSE“

Kiel (SHL) – Am Mittwoch, 21. März 2001, kommt der Landtag zu seiner 11. Tagung zusammen. Sie dauert voraussichtlich bis Freitag Mittag. Ein Schwerpunktthema ist der Bericht zur Situation nach den BSE-Fällen im Lande.

Den Auftakt am **Mittwoch** bildet auf Antrag der Fraktionen CDU und F.D.P. eine Aktuelle Stunde, die sich mit der **Haltung der Landesregierung zu weiteren Anhebungen der Ökosteuer** befasst. Die CDU-Fraktion bezieht sich in ihrem Antrag auf Äußerungen der Ministerpräsidentin in einer Fernsehsendung des Hessischen Rundfunks. Es folgen zwei bildungspolitische Themen: Zunächst ist ein Antrag der F.D.P.-Fraktion zur **Sicherung des Lehrerberarfs** Gegenstand der Parlamentsdebatte (Drs. 15/796). Darin legt die F.D.P.-Fraktion ein Konzept vor, dass unter anderem eine Erweiterung der Studienangebote für Lehramtsfächer in Schleswig-Holstein und die Aufnahme von Absolventen anderer Studiengänge in das Lehramt vorsieht.

Zur **Weiterentwicklung des Gymnasiums** hat die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht (Drs. 15/813). Er enthält Forderungen nach einem verbindlichen Kanon der Lehrinhalte, einem breiteren Pflichtfächerkanon sowie einem weiteren Abiturfach.

Am Nachmittag debattiert der Landtag dann über einen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Kraft-Wärme-Kopplung** (Drs. 15/806). Demnach soll die Landesregierung sich beim Bund dafür

einsetzen, dass die gesetzliche Quotenregelung zum Schutz und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung wirksam werden kann.

Danach geht es um die **Förderung des Ehrenamtes**. Grundlage ist ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/778), in dem eine Änderung des Einkommenssteuergesetzes auf Bundesebene gefordert wird. Einnahmen aus nebenberuflichen Ehrenämtern sollen demnach bis zur Höhe von DM 7.560 im Jahr steuerfrei sein. Dafür soll die Landesregierung sich im Bundesrat einsetzen.

Der **Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau** steht dann auf der Tagesordnung des Landesparlamentes. Die Fraktion der F.D.P. hat hierzu einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/793), in dem sie die Landesregierung auffordert, sich in der Kieler Flughafengesellschaft mbH für den notwendigen Ausbau einzusetzen.

Letztes Thema am Mittwoch ist die **Verfassungsklage auf Beteiligung der Länder am UMTS-Auktionserlös**, die die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Bayern erhoben haben. Die F.D.P.-Fraktion beantragt im Landtag, dass die Landesregierung sich dieser Klage anschließen soll (Drs. 15/795).

Am **Donnerstag** beginnt das Parlament seine Beratungen mit einer **Regierungserklärung zur Situation nach BSE - Bericht über den Kontrallstatus und Lösungen**. Dabei werden auch die von der Regierung erbetenen Berichte zu **Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen in Schleswig-Holstein** sowie zu **Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen und der Erforschung der Verbreitungswege von TSE-Erkrankungen** gegeben. Die darauf folgende Debatte füllt den Vormittag aus.

Am Nachmittag geht es dann weiter um Agrarpolitik, und zwar um das **Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“**. Auf der Grundlage eines CDU-Antrages (Drs. 15/653) haben sich drei Ausschüsse damit befasst. Der federführende Agrarausschuss hat in seiner Empfehlung an das Plenum beschlossen, die Regierung solle in der März-Tagung über die weitere Entwicklung des Gütezeichens berichten (Drs. 15/789).

Auch über die **gesundheitspolitischen Aktivitäten der Landesregierung zur BSE-Problematik** wird die Regierung im Anschluss daran berichten.

Der agrarpolitische Teil der Tagung schließt mit einem Antrag der CDU-Fraktion zum **Bundesforschungsprogramm zur „Grünen Gentechnik“** (Drs. 15/736). Die Landesregierung soll sich beim Bund für die sofortige Umsetzung desselben einsetzen.

Der vierteljährliche Bericht über die **Tätigkeit des Eingabenausschusses** (Drs. 15/685) wird danach durch den Vorsitzenden, Abg. Gerhard Poppendiecker, erstattet.

Die **Ostseeparlamentarierkonferenz** (2.- 4. September 2001 in Greifswald) ist Gegenstand eines F.D.P.-Antrages im Landtag (Drs. 15/802). Darin wird Bundesaußenminister Joschka Fischer ersucht, der Konferenz persönlich einen Bericht abzugeben, der unter anderem über die weiteren Vorhaben der Bundesregierung im Hinblick auf die Ostseezusammenarbeit informieren soll.

Anschließend geht es dann im Landtag darum, das **Schaustellergewerbe zu fördern** (Drs. 15/807). Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben dazu einen Antrag vorgelegt, in dem die Landesregierung unter anderem dazu aufgefordert wird, eine großzügige Handhabung der Ausnahmeregelung vom Sonn- und Feiertagsverbot für Schaustellertransporte sicher zu stellen.

Am späten Nachmittag geht es zum Abschluss dann um Europa-Politik: Die CDU-Fraktion fordert in ihrem Antrag zum **Post-Nizza-Prozess** (Drs. 15/809) von der Landesregierung in der laufenden Tagung einen Bericht über die bisherigen Ergebnisse der Länder-Arbeitsgruppe zur Position der deutschen Länder im Hinblick auf die künftige Aufgabenteilung in der Europäischen Union.

Am **Freitag** geht es zu Beginn um die **Zukunft der maritimen Wirtschaft** in Schleswig-Holstein. Dazu hat die SPD-Fraktion einen Antrag vorgelegt, in dem die Landesregierung gebeten wird, einen Bericht dazu vorzulegen (Drs. 15/724). Hintergrund ist das Auslaufen der Werftenhilfe und die internationale Konkurrenzsituation insbesondere zu Südkorea.

Der **Sechste Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten** Sigrd Warnicke ist Gegenstand der folgenden Beratung des Landtages (Drs. 15/780). Es ist zugleich der letzte Bericht der seit sechs Jahren amtierenden Bürgerbeauftragten.

Am Schluss der 11. Tagung befasst sich das Parlament dann mit der **Situation der Außenhandelswirtschaft**. Hierzu hat das Wirtschafts-

ministerium einen umfangreichen, mit einer Vielzahl von Statistiken untermauerten Bericht vorgelegt (Drs. 15/812). Darin wird unter anderem festgestellt, dass die Wirtschaft des Landes die Exportquote im Laufe der vergangenen zehn Jahre überproportional erhöhen konnte.

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
5	Bericht über das Kinder- und Jugendtelefon (Drs. 15/768)	-
7	Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (Drs. 15/779)	-
8	Privatfinanzierung der Elbquerung (Drs. 15/790)	-
12	Weiterentwicklung der beruflichen Schulen (Drs. 15/797)	-
13	Stand und Perspektive von Denkmalschutz und Denkmalpflege (Drs. 15/799)	-
14	Bericht über die Entwicklung der Kabelnetze (Drs. 15/800)	-
23	Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente (Drs. 15/746)	5
24	Sozialversicherungsfreiheit von Aufwandsentschädigungen ehrenamtlich Tätiger (Drs. 15/748)	5

Reihenfolge der Beratung der 11. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 21. März 2001			
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
11	Konzept zur Sicherung des Lehrerberarfs	60	11:30
21	Weiterentwicklung des Gymnasiums	30	12:30
16	Kraft-Wärme-Kopplung sichern und ausbauen	60	15:00
6	Förderung des Ehrenamtes	30	16:00
9	Ausbau des Flughafen Kiel-Holtenau	30	16:30
10	Verfassungsklage UMTS-Auktionserlös	60	17:00
Donnerstag, 22. März 2001			
2, 28 u.30	Regierungserklärung zur Situation nach BSE und Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen sowie Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen	190	10:00
26	Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“	35	15:00
29	Gesundheitspolitische Aktivitäten zur BSE-Problematik	30	15:35
3	Forschungsprogramm zur „Grünen Gentechnik“	30	16:05
22	Tätigkeit des Eingabenausschusses	5	16:35
15	Ostseeparlamentarierkonferenz	25	16:40
17	Schaustellergewerbe fördern	30	17:05
18	Post-Nizza-Prozess	30	17:35
Freitag, 23. März 2001			
4	Zukunft der maritimen Wirtschaft	30	10:00
19	Sicherstellung des Beteiligungsverfahrens in Vorbereitung der 9. Wattenmeerkonferenz	35	10:30
25	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten	60	11:05
27	Situation der Außenhandelswirtschaft	60	12:05

Ablauf und Beratungszeiten der 11. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Aktuelle Stunde								90
2	Regierungserklärung - mit TOP 28 und 30 am Donnerstag 10:00 Uhr -	-	30	30	30	30	30	40	190
	Anträge								
3	Forschungsprogramm zur „Grünen Gentechnik“ (CDU) - nach TOP 29 -	-	5	5	5	5	5	5	30
4	Zukunft der maritimen Wirtschaft (SPD) - Freitag 10:00 Uhr -	-	5	5	5	5	5	5	30
5	Bericht über das Kinder- und Jugendtelefon sowie über das Elterntelefon (CDU)	- ohne Aussprache -							
6	Förderung des Ehrenamtes (CDU) - nicht am Freitag -	-	5	5	5	5	5	5	30
7	Bericht zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt (CDU)	- ohne Aussprache -							
8	Privatfinanzierung der Elbque- rung (F.D.P.)	- ohne Aussprache -							
9	Ausbau des Flughafens Kiel- Holtenau (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	5	30
10	Verfassungsklage auf Beteili- gung der Länder am UMTS- Auktionserlös (F.D.P.) - nicht am Freitag -	-	10	10	10	10	10	10	60
11	Konzept zur Sicherung des Leh- rerbedarfs (F.D.P.) - nach TOP 1-	-	10	10	10	10	10	10	60
12	Weiterentwicklung der berufli- chen Schulen (SPD und BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
13	Stand und Perspektive von Denkmalschutz und Denkmal- pflege (F.D.P.)	- ohne Aussprache -							
14	Bericht über die Entwicklung der Kabelnetze (SPD)	- ohne Aussprache -							

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
15	Ostseeparlamentarierkonferenz (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	-	25
16	Kraft-Wärme-Kopplung sichern und ausbauen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Mittwoch 15:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	10	60
17	Schaustellergewerbe fördern (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
18	Post-Nizza-Prozess - Position zur künftigen Aufgabenverteilung in der EU (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
19	Sicherstellung des Beteiligungs- verfahrens in Vorbereitung der 9. Wattenmeerkonferenz (CDU)	-	5	10	5	5	5	5	35
20	Verbraucherschutz in Schleswig- Holstein (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- Antrag wird zurückgezogen -							
21	Weiterentwicklung des Gymna- siums (CDU) - nach TOP 11 -	-	5	5	5	5	5	5	30
	Berichte								
22	Tätigkeit des Eingabenaus- schusses vom 1.10. - 31.12.00 - nach TOP 3 -	5	- ohne Aussprache -						5
23	Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
24	Sozialversicherungsfreiheit von Aufwandsentschädigungen eh- renamtlich Tätiger (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
25	Tätigkeitsbericht der Bürgerbe- auftragten	-	10	10	10	10	10	10	60
26	Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein (CDU) - nach TOP 2 -	5	5	5	5	5	5	5	35
27	Situation der Außenhandelswirt- schaft (Reg.)	-	10	10	10	10	10	10	60
28	Lebensmittel- und Futtermittel- kontrollen (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
29	Gesundheitspolitische Aktivitä- ten zur BSE-Problematik (Reg.) - nach TOP 26 -	-	5	5	5	5	5	5	30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	F.D.P.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
30	Vorsorgemaßnahmen zur Ver- minderung weiterer BSE- Erkrankungen (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
31	Fragestunde								30

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel,
Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, E-Mail: Joachim.Koehler@lvn.parlanet.de. Internet: <http://www.sh-landtag.de>